

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 23

Artikel: Bedarf an Erfahrungen : SHV-Seminar für Kommunalpolitiker aus der SFR in Winterthur
Autor: Uhl, Felix
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093210>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SHV-Seminar für Kommunalpolitiker aus der ČSFR in Winterthur

Bedarf an Erfahrungen

In Nr. 20 haben wir über das Winterthurer Seminar über Kommunalpolitik, das die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV) bereits zum zweiten Mal für die Kommunalpolitiker aus der ČSFR organisierte, informiert. Nach diesem und Berichten in anderen Medien ist der Mitorganisator, Dr. Felix Uhl aus Rheineck, oft gefragt worden, wie denn die Teilnehmer selbst solche Seminare beurteilen.

Während seiner Oktober-Reise nach Böhmen, Mähren und in die Slowakei bat er zwei prominente Teilnehmer um ihre persönlichen Eindrücke. Es handelt sich um den Oberbürgermeister der südböhmischen Metropole Budweis, Jaromir Talir, sowie den Direktor des regionalen Kommunikationszentrums von Trencin (Slowakei), Viktor Niznansky.

Aus tschechischer ...

Talir schreibt: «Ich bin tief überzeugt, dass solche oder ähnliche Aktionen wie das September-Seminar von sehr grosser Bedeutung sind. In der ČSFR verwirklicht man gegenwärtig den Übergang zur Marktwirtschaft. Dieses System kann aber ohne klar definierte Begriffe wie «Eigentum», «Besitz» usw. nicht funktionieren. Nach unseren schlechten Erfahrungen mit dem bisherigen, anonymen Staatseigentum laufen wir nun Gefahr, ins andere Extrem zu wechseln und alles Staatseigentum zu privatisieren.

Weder ich persönlich (ich bin 42 Jahre alt) noch viele meiner Bürgermeisterkollegen haben Erfahrung, wie Gemeinden über ihr Eigentum verfügen sollen. Dabei bemühen wir uns immer wieder, bei solchen Entscheidungen deutlich abzugrenzen, was die Gemeinde beibehalten und was in das private Eigentum übergehen soll.

Kommunales Privateigentum

Bei der Bewältigung solcher Aufgaben ist es sehr hilfreich, wenn wir diese Problematik in einem Land studieren können, wo eine parlamenta-

rische Demokratie und die Marktwirtschaft schon viele Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte gut funktionieren, wie beispielsweise in der Schweiz. So wollten wir sehen, wie eine Stadt oder eine Gemeinde auf diesem Gebiet tätig ist, welches Eigentum sie behält und dafür auch die Verantwortung trägt und welche gesetzlichen und ökonomischen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

So hat unsere Stadt, Ceske Budejovice (Budweis), ein Projekt für die Entstaatlichung des Wassernetzes in Südböhmen vorbereitet. Wir schlugen die Gründung eines Gemeindebunds vor, dem alle Gemeinden angehören, die an das bestehende Wassernetz entweder bereits angeschlossen sind oder es noch werden. Dieser Verband wäre dann auch Eigentümer und Betriebsstätte sämtlicher dazugehöriger Wasserleitungen. Dass diese Idee tatsächlich zu verwirklichen wäre, davon konnte ich mich im Verlaufe des Seminars während des Besuches des Wasserwerkes Thal/Staad am Bodensee persönlich überzeugen.

Aufgrund der Erfahrungen der Stadt Winterthur wurde ich auch in meiner Überzeugung bestätigt, dass es vernünftig sei, dasjenige Eigentum, das der Stadt dient, in städtischem Eigentum zu behalten. Damit habe ich überzeugende Argumente gegen jene in der Hand, die uns mit unserem Vorhaben die Herstellung eines kommunalen Sozialismus vorwerfen.

Winterthur und Budweis

Für mich war es vorteilhaft, dass das Seminar gerade in Winterthur stattgefunden und dass einige Vorträge von Stadträten und vom Stadtpräsidenten persönlich gehalten worden sind. Meine Stadt und die Stadt Winterthur haben ungefähr die gleiche Einwohnerzahl und eine ziemlich identische Infrastruktur (Industrie, Bierbrauerei, Spitäler usw.). Unser Stadtparlament zählt — wie in Winterthur — 60 Mitglieder, die 15 politische Richtungen vertreten. Hier besteht also wenigstens eine quantitative Ähnlichkeit. Zwar kann nicht alles aus der Schweiz in die Tschechoslowakei übertragen werden, aber ein

sorgfältiger und zuverlässiger Vergleich ist dennoch möglich.

Das Seminar hat meine Erwartungen durchaus erfüllt. Die Vortragenden haben unsere Probleme sehr gut verstanden. Ihre Bemühungen, uns neue Erkenntnisse zu vermitteln, waren unverkennbar. Es ist gut, dass wir eine ganze Menge schriftlicher Unterlagen mitnehmen konnten, weil wir diese nicht nur in aller Ruhe zu Hause studieren, sondern auch bei Bedarf wieder hervorholen können.

Einige Fragen sind aber aus Zeitmangel ungelöst geblieben: die Stellung und die Arbeit des städtischen Parlaments wurden — vielleicht auch von unserer Seite her — zu wenig besprochen. Einige Funktionen haben wir nicht verstanden (Stadtschreiber, Gemeinderatsschreiber, Stimmzähler usw.). Aber das finden wir sehr wahrscheinlich noch in den Unterlagen.

Als einziges Hindernis betrachte ich den zeitlichen Rahmen eines solchen Seminars. In unserer gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage ist es nicht leicht, eine Woche im Ausland zu verbringen, anstatt sein Amt auszuüben. Vielleicht wäre es künftig möglich, ähnliche Veranstaltungen — mit Beibehalten des ausgezeichneten Inhalts — in kürzerer Zeit durchzuführen. Das könnte auch zur Verringerung der Kosten des grosszügigen Veranstalters (SHV) führen.»

... und slowakischer Sicht

Niznansky schreibt: «Der Einladung der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung zum Seminar über Kommunalpolitik habe ich sehr gerne Folge geleistet und kam mit grossen Erwartungen nach Winterthur. Als Beamter, der mehr als 15 Jahre in der Kommunalpolitik tätig ist (Planung, Gemeindeentwicklung, Berater einiger Bürgermeister und gegenwärtig Direktor des regionalen Gemeindeverbandes), war ich auch neugierig, wie in der Schweiz verschiedene städtische Probleme gelöst werden.

Ohne zu übertreiben kann ich sagen, dass ich wieder ein neues Steinchen für mein «Demokratie-Mosaik» gefunden habe: Eine genaue Übersicht über die Beziehungen unter den einzelnen Schweizer Kantonen motiviert einen bei der Suche nach Lösungen für die eigenen Probleme, nicht nur unserer tschechoslowakischen, sondern auch für verschiedene rein slowakische Schwierigkeiten. Das Seminar hat meine Ansicht bestätigt, dass der gegenwärtige Prozess der Teilung eher sofortigen Wünschen entspricht als langfristigen Überlegungen. Es fehlt an gutem Willen und positiven Bemühungen. Statt dessen regiert der Drang zur Destruktion.

Schwierige Probleme

Die Strukturen im Kanton Zürich, aber auch in anderen Kantonen sind das Resultat eines natürlichen, evolutionären Prozesses (in der ČSFR wird es populär als «Prozess von unten her» bezeichnet). Die slowakischen Probleme sind jedoch heutzutage viel komplizierter geworden:

1. unklare staatsrechtliche Regelung mit der Tschechischen Republik;
2. bisher ungelöste Fragen der Landesstruktur (Gliederung) in der Slowakischen Republik.

Für die Gliederung der Slowakei wurden zwar drei Varianten ausgearbeitet, die Mehrheit der Gemeinden hat sich jedoch — gemäss den historischen und wirtschaftlichen Verbindungen — für das sogenannte Gausystem ausgesprochen. Neu diskutiert man zurzeit aber auch das sogenannte Regionalsystem, das heisst die Gliederung entsprechend der administrativen Einteilung in sieben Kreise. Hier sehe ich folgende Probleme:

1. unklare Definitionen: Warum soll eigentlich das Land gegliedert werden? (ist es ein ökonomisches oder ausschliesslich ein politisches Problem?);
2. Unklarheiten betreffend die Verwaltung sowie die Staatsbeamten (verursacht durch die ungenaue Definition der einzelnen Kompetenzen).

Ein solcher Zustand verunmöglicht die Förderung positiver Entwicklungen von Gemeinden und deren Stabilisierung. Was kann man aber erwarten, solange sich die bestehenden Strukturen nicht bessern oder ganz geändert werden?

Konkrete Reformvorschläge

Im allgemeinen wird behauptet, dass die Demokratisierung mit Wehen verbunden ist. Bei uns wird man noch zusätzlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass man ohne Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten nicht weiterkommen kann. Im Grunde handelt es sich nur um ein Problem: auch den anderen voll anerkennen! Was aber wäre sofort durchführbar?

1. Ein klares Verhältnis zwischen dem Staat, der Region und der Gemeinde schaffen.
2. Eine klare Definition der Gemeinde formulieren, deren Aufgaben, Verantwortung und Rechte nennen.
3. Die Kompetenzen der Gemeinde regeln, die Tätigkeit der staatlichen Behörden mit denjenigen der Gemeinde koordinieren und dies im Gesetz verankern.

Die Sozialfürsorge

Bezüglich der Sozialfürsorge ist die gegenwärtige Lage in der Slowakei kompliziert. Die Gemeinden müssen die Aufgaben der Sozialfürsorge mit dem Staat teilen, was weitere Probleme mit sich bringt. Zahlreiche Bereiche (Asylanten, Sozialwohnungen, die Wohnungspolitik im allgemeinen, Krankenversicherung usw.) sind gesetzlich gar nicht geregelt.

Gerade hier könnten die Erkenntnisse aus dem Seminar Beispiel sein für die Lösung der anstehenden Probleme. Vieles könnte man da übernehmen. Das private Wirken ist bei uns minim. Das gleiche spielt sich auch auf dem Gebiet der Kultur ab. Einerseits fehlen zurzeit die nötigen Bedingungen, andererseits sind diejenigen, die instände wären, dieses Problem anzupacken und zu lösen, nicht bereit, die sozialen und kulturellen Programme zu forcieren. Möglicher-

weise steht das aber auch mit ihrer «Lebensphilosophie» nicht im Einklang. Was könnte man hier tun?

Direkt wahrscheinlich nicht viel; denn hier entscheiden Mentalität und Kultur der Bevölkerung. Vorteilhafter wäre deshalb, solche Aufgaben an die Gemeinden zu delegieren, die der Bevölkerung näher stehen als der Staat. Besonders über die sogenannten Notwohnungen und deren Preis sollten die Gemeinden allein disponieren können, eventuell unter der Kontrolle einer speziellen, vom Parlament gewählten Kommission. Auch könnten die Gemeinden die kulturellen Aufgaben besser bewältigen als der ziemlich unbewegliche Staatsapparat.

Schweiz als Modell

Die Unklarheit der künftigen finanziellen Verhältnisse in der Slowakei (Steuersystem, Einteilung der Finanzen, finanzielle Ausgleichs unter den späteren politischen Regionen usw.) erlaubt zwar im Moment keinen Vergleich mit dem Schweizer Modell. Trotzdem werden einige während des Seminars gewonnene Erkenntnisse unseren Bürgermeistern einen klaren Weg weisen, beispielsweise über die Zusammenhänge beziehungsweise Unterschiede zwischen einem staatlichen Budget und demjenigen einer politischen Gemeinde, über die Aufstellung eines Budgets, über die möglichen Verflechtungen einzelner Positionen, über notwendige Kontrollen usw. Wenn wir den Grundsätzen ausländischer Modelle näherkommen wollen, dann müssen wir zunächst folgendes durchsetzen:

1. bereits erwähnte Regelung betreffend Regionen, Kreise oder andere Landesteile;
2. Bestimmung der Kriterien des finanziellen Ausgleichs (geographisch, ökologisch, demographisch, Kapazität);
3. exakte Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Staat und der Gemeinde.

Wir haben in Winterthur wieder festgestellt, wie wichtig und notwendig es ist, das Budget richtig zu gliedern, nämlich in ein Verwaltungs- und ein

eigentliches Finanzbudget (bei uns existiert bis heute immer noch bloss ein Budgetprovisorium auf allgemeiner Basis). Was kann verbessert werden?

1. Erstellung eines mehrjährigen Finanzplans;
2. Verwirklichung des finanziellen Ausgleichs — verfassungsmässige Verankerung der finanziellen Souveränität der Selbstverwaltungen (Gemeinden, Städte, Regionen);
3. Rückerstattung eines gewissen Teils der Steuern an die Gemeinden;
4. Übertragung einiger Kompetenzen mit entsprechender finanzieller Abdeckung an die Gemeinden;
5. gesetzliche Möglichkeit der Gemeinden, die Kontrolle über Budget und Jahresrechnung derjenigen Gemeinden, die Dotationen erhalten, auszuüben.

Verpolitisierung erschwert Lösungen

Es ist wohl kaum möglich, in so kurzer Zeit alles das zu definieren, was in der Slowakei angewandt werden könnte. Dies schon deshalb nicht, weil die Verpolitisierung sämtlicher Probleme der gegenwärtigen Entwicklung eine genaue Umschreibung von Vorhaben, Absichten und Zielen verunmöglicht. Was heute logisch erscheint, kann morgen bereits absurd sein, da es politisch als unpassend erachtet wird.

Unser Regionalbund, den ich leite und auch am Seminar in Winterthur vertreten habe, bemüht sich, ein gemeinsames Vorgehen bei der Lösung allgemeiner Probleme sowie der Wahrung der Rechte von Gemeinden zu finden. Das einzige, was ich heute sagen und versprechen kann, ist, dass ich via unsere Zeitschrift alle Bürgermeister, Gemeinderäte und Volksvertreter über die in Winterthur diskutierten Themen sowie im allgemeinen über das gute Funktionieren der Strukturen in der Schweiz und im Kanton Zürich informieren werde. Ob und wie sich unsere Erkenntnisse in die Praxis umsetzen lassen werden und in welchem Ausmass, wird die Zukunft weisen, nicht zuletzt aber auch der Wille der Bürger, die bereit sind, an unserem Demokratisierungsprozess teilzunehmen.»

Eine Schlussbemerkung

Schliesslich noch ein Wort des Mitorganisators des Seminars, Dr. Felix Uhl: «In diesen beiden Beiträgen spürt man, dass die Ansichten und Reaktionen unterschiedlich sind, einerseits wegen der derzeitigen unsicheren beziehungsweise unklaren politischen Lage, andererseits wegen der unterschiedlichen Interessen in den einzelnen Ländern und Regionen. Es ist klar, dass man die schweizerische demokratische Ordnung, auch mit ihren verschiedenen Mängeln, nicht einfach in ein Land übertragen kann, wo mehr als 40 Jahre eine kommunistische Diktatur gewütet und das bis 1948 blühende Land völlig vernichtet hat, vor allem die Mentalität und die Moral.

Solange das Volk nicht von den immer noch bestehenden alten Strukturen — Überreste der sogenannten «Samtrevolution» — befreit ist, kann kein demokratisch denkender Politiker Wunder schaffen, trotz aller Bemühungen und guten Willens. Eine Rückkehr zu westeuropäischer Normalität, von der die damalige CSR vor dem Münchner Diktat geprägt war, wird mindestens zwei bis drei Generationen beanspruchen.

Es ist aber erfreulich, dass es schon heute Politiker gibt, die bereit sind, die enorme Last bei der Verwirklichung einer solchen Renaissance auf sich zu nehmen. Gerade diese Leute brauchen dringend unsere Unterstützung. Vor allem muss man diesen relativ jungen Politikern, die während der kommunistischen Ära geboren und aufgewachsen sind, die nötigen Kenntnisse aktuell vermitteln und ihnen den entsprechenden Rückhalt bieten. Sie sollen wissen, wohin sie sich bei Bedarf wenden können. Dass sie eine gute Beratung in Form von Schulungen, Kursen, Seminaren brauchen, sehr schätzen und dafür auch dankbar sind, geht aus den zwei Beiträgen deutlich hervor.

Dr. Felix Uhl